

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 69. JG, SEPTEMBER 2018

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

„Industrie-Lobbyisten sind die wahre Schattenregierung“

GKK-Obmann Maringer zur Sozialpartnerschaft

Seite 8

Erste Bilanz:
Regierung gerät verstärkt unter Druck

Seite 6

Selbstverwaltung in Gefahr:
Reform muss den Versicherten dienen!

Seite 11

AUF UNSER KNOW-HOW UND UNSERE KONDITIONEN

FÜR WOHNBAU-FINANZIERUNGEN
KÖNNEN SIE



BAUEN.

* Studie der Arbeiterkammer Oberösterreich veröffentlicht im Mai 2018

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at vertrieb@hypo-ooe.at Tel. 0732 / 76 39-54452

Wir schaffen mehr Wert.

Digitoll ist,

wenn wir morgen
nicht von gestern
sind.



Kunden der Energie AG profitieren davon, dass wir bei der Digitalisierung an morgen denken. Die Digital-Offensive der Energie AG bietet schon heute viele zukunftsorientierte Dienstleistungen, die täglich Ihr Leben erleichtern – Service und Komfort per Mausclick.

ENERGIE AG
Oberösterreich

Wir denken an morgen

Mehr Infos unter digitoll.energieag.at

Clever geführt und diszipliniert

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Diese Ausgabe des „Bildungskurier“ setzt sich mit der türkis-blauen Regierungspolitik auseinander, insbesondere mit deren Vorgehen bei den Sozialversicherungen. Das ist wenig überraschend. Der „Bildungskurier“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, für jeweils aktuelle politische Debatten Informationen und Argumente zu liefern.

Türkis-Blau wird nicht scheitern, weil ihre Art, Politik zu machen, irgendwann nicht mehr funktioniert, sondern diese Regierung wird dann scheitern, wenn sie den Rückhalt bei der Mehrheit der Wähler und Wählerinnen verliert. Bisher wirkt diese Regierung clever geführt und so diszipliniert, dass sie die Absicherung ihrer Mehrheit nicht aus den Augen verliert.

Um die Vorherrschaft der Rechten zu brechen braucht es daher die inhaltliche Auseinandersetzung, die politische Debatte. Genau das war immer auch Aufgabe der Sozialde-

mokratie – gesellschaftliche Debatten zu initiieren und zu bestimmen. Dafür müssen Ideen, Konzepte und Argumente auf den Tisch. Und die Partei muss die Koordination derartiger Debatten übernehmen.

Und weil es in Oberösterreich gerade eine innerparteiliche Diskussion um die organisatorische Struktur der Partei, besser gesagt um deren Sekretariatsstruktur, gibt, sei angemerkt: Das Wiedererstarken der Sozialdemokratie wird in erster Linie eine Frage der politischen Alternativen sein und nicht eine der Organisationsstruktur! Die beste Organisation kann fehlende politische Inhalte nicht kompensieren.

Die Sozialdemokratie muss mit guten politischen Konzepten und Argumenten in die gesellschaftliche Diskussion eingreifen. Und sie braucht die gute Organisation, um damit wirklich auch mehrheitsfähig werden zu können.

„Es braucht die politische Debatte.“

- 4 Geschichte:** Die historische Entwicklung der Selbstverwaltung in Kammern und Versicherungsverbänden beschreibt die Vorsitzende der Universitätsgewerkschaft in OÖ, Angela Wegscheider.
- 6 Bilanz:** Ein erstes Resümee über die schwarz-blaue Regierung zieht der oberösterreichische Landesbildungsvorsitzende Bernd Dobsberger.
- 8 Interview:** Im Gespräch zu Selbstverwaltung und solidarischer Vorsorge: OÖ GKK-Obmann Albert Maringer.
- 10 Recht:** Was hinter dem Angriff auf die Sozialversicherungen steht, erklärt der Rechtsreferent der OÖ Arbeiterkammer, Karl Brandstetter.
- 11 EPU:** An die Vernunft der Dienstgeber in der Debatte um AUVA und Sozialversicherungen appelliert die Präsidentin des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes in OÖ, Doris Margreiter.
- 12 Arbeiterkammer:** Über die aktuellen Herausforderungen informiert AK-Präsident Johann Kaliauer.
- 13 Pflege:** Warum Oberösterreich ein Pflegestipendium braucht, schildert die OÖ Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer.

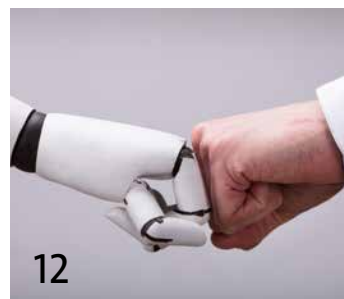
Inhalt



4



8



12



13



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbing GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kemptner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbing Ges.m.b.H.

Nr. 03/18, September, SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2018, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Angriffe auf die Selbstverwaltung

Die Selbstverwaltung ist aus dem Sozialstaatssystem und aus der Interessensvertretung, wie wir sie heute in Österreich kennen, nicht wegzudenken. Die Sozialversicherungsträger und Kammern sind selbstverwaltete Organisationen, die im Rahmen der Gesetze handeln.

ANGELA WEGSCHEIDER

Die historische Entwicklung der Selbstverwaltung in Kammern und in Versicherungsverbänden verlief unterschiedlich. Beide ermöglichen umfassende Repräsentation wirtschaftlicher und sozialer Interessen. Sie sind zudem miteinander verbunden, denn die abgeleitete Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger basiert auf den fraktionellen Ergebnissen der AK-Wahlen. Die Arbeiterkammern entsenden SelbstverwaltungsvertreterInnen in die Gremien der Sozialversicherungsträger, beispielsweise die Leitungsausschüsse.

Repräsentation der Interessen

Die Handelskammer war der erste „bürgerlich-gewerbliche“ Selbstverwaltungskörper. Sie diente als Vorbild für die Arbeiterkammer und entstand per Gesetz im März 1850. Die selbstverwaltete Interessensvertretung war eine Errungenschaft der bürgerlichen Revolution von 1848, die von der Arbeiterschaft unterstützt worden war. Die Arbeiterbewegung forderte nun ebenfalls für die lohnabhängig Beschäftigten die gebündelte Interessensvertretung. Am 26. Februar 1920 beschloss das Parlament

mit sozialdemokratischer Mehrheit die Gesetzesvorlage über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte. Die Arbeiterkammern sollen den Handelskammern als „gleichwertige Partner“ gegenüberstehen.

Selbsthilfe lohnabhängig Beschäftigter

Schon vor der gesetzlichen Verankerung der Sozialversicherungen gab es im Falle von Krankheit selbstverwaltete Gegenseitigkeitsvereine, die nach dem Versicherungsprinzip arbeiteten und die von regionalen Kräften, vor allem aus der Arbeiterschaft, aufgebaut wurden. In den späten 1860er und 1870er Jahren entstanden aus den Arbeiterbildungsvereinen die ersten von ArbeiterInnen über die Berufsgruppe hinweg selbstverwalteten Kassen. Die „Allgemeine Arbeiterkranken- und Unterstützungskasse“ in Linz hatte sich 1869 aus dem Linzer Arbeiter-Bildungsverein entwickelt und war gemeinsam mit jener in Wien die erste ihrer Art.

Nach der Einführung des ersten Arbeiter-Krankenversicherungsgesetzes 1889 wurden diese regionalen Einrichtungen erweitert. Seit Beginn erfolgte die Finanzierung durch Beiträge der Versicherten und der Dienstgeber, abhängig von der Höhe des Einkommens. Zur Krankenversicherung steuerten ArbeitnehmerInnen zwei Drittel bei, die ArbeitgeberInnen ein Drittel. Für die Unfallversicherung, eingeführt 1888, wur-

DIE AUTORIN:

Angela Wegscheider

arbeitet am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes-Kepler-Universität Linz.

Ihre Arbeitsthemen sind Disability Studies, Gesundheits- und Sozialpolitik. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrates für das wissenschaftliche Personal und Vorsitzende der Universitäts-gewerkschaft in der GÖD OÖ.



den wegen der Haftpflicht im Falle der Arbeitsunfälle die ArbeitgeberInnen als überwiegende BeitragszahlerInnen bestimmt. Die ArbeitgeberInnen befreiten sich mit ihrem Beitrag von diesen Fürsorge- und Haftpflichten.

Aus der Not eine Tugend

Schon früh erkannte man die politische Bedeutung der Kassenselbstverwaltung. Mit der Einführung der Sozialversicherungsstammgesetze führten die konservativen Kräfte in Österreich sukzessive die Idee des Bismark'schen staatlich organisierten Sozialversicherungssystems ein. Dieses wollte nicht nur die Verbesserung der sozialen Situation der Arbeiterschaft, sondern war auch als Mittel zur Zählung der aufkommenden

Die aktuellen Probleme der medizinischen Versorgung in Österreich werden durch die Zusammenlegung der Krankenkassen nicht gelöst.



Arbeiterbewegung gedacht. Durch die Einführung von gemeinsam von ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen finanzierten Sozialversicherungen sollte der Klassenkonflikt entschärft und gleichzeitig die herrschende Gesellschaftsordnung abgesichert werden.

Was als Mittel zur Schwächung gedacht war, entwickelte sich durch die Selbstverwaltung zu einem bedeutenden Instrument der politischen Einflussnahme der ArbeitnehmerInnen auf staatliches Handeln und staatliche Verwaltung. Letztlich verlagerte der Staat im Bereich der Absicherung sozialer Risiken seine Zuständigkeit zu wesentlichen Teilen auf die Betroffenen. Die Alternativen zur Selbstverwaltung sind eine staatliche oder eine privatwirtschaftliche Verwaltung. Die eine Alternative führt zu mehr staatlicher Bürokratie und die staatliche Verwaltung kann nie so nahe an den Bedürfnissen der Betroffenen sein, wie die Betroffenen selbst. Die andere Alternative setzt sich den auf Gewinn und Risiko ausgerichteten Märkten, seinen Konjunkturen und dem Wettbewerb aus, was riskant ist, wenn

es um die Absicherung von Krankheit, Unfall und Alter geht.

Selbstverwaltung verteidigen

Die organisierte Arbeitnehmerschaft hatte immer wieder gegen Einschränkungen der Selbstverwaltung in Kassen und Kammern zu kämpfen. Eine einschneidende Erfahrung war die Abschaffung der sozialdemokratischen Verbände und die de-facto Abschaffung der Selbstverwaltung im autoritären „Ständestaat“ durch Regierungskommissäre und Verbot der sozialdemokratischen Gewerkschaft.

Die konkrete Ausgestaltung der Selbstverwaltung war auch immer Ausdruck von Machtverhältnissen und ist deshalb veränderbar. Durch die Verankerung der Selbstverwaltung in der Verfassung (2008) erfolgte eine gewisse Absicherung des Modells. Die aktuellen Reformvorhaben der türkis-blauen Regierung versuchen, die Vertretung der sozialen und politischen Interessen nachhaltig zu schwächen. Beitragskürzungen bei den Kammern schwächen vor allem die Arbeitnehmervertretung. Einsparungen in der AUVA lassen vor

allem den Arbeitgeberanteil in der Sozialversicherung schrumpfen. Durch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zur ÖGK werden die regionale Autonomie, berufsspezifische Versorgung und schnelles Handeln eingeschränkt. Auch kann diese Maßnahme der Vorbe-

„Beitragskürzungen bei den Kammern schwächen vor allem die Arbeitnehmervertretung.“

reitung einer (zumindest teilweisen) Privatisierung des Krankenkassensektors dienen. Nicht zuletzt wird die Repräsentation und Selbstverwaltung durch den Machtwechsel hin zur Regierung und zu Arbeitgebern de-facto abgeschafft. Wesentliche Probleme wie medizinische Über- und Unterversorgung, Ärztemangel oder auch Lohnkostensteigerungen weit hinter der Produktivität werden dadurch sicher nicht gelöst.

SPARKASSE 
Oberösterreich

Was zählt, sind die Menschen.

www.sparkasse-ooe.at



Regierung zeigt Schwächen und gerät erstmals unter Druck

Etwa neun Monate stellt Schwarz-Blau nun die Regierung, ist Kurz der Kanzler und Strache sein Vize. Es ist an der Zeit, eine erste Analyse ihrer praktischen Politik zu versuchen.

BERND DOBESBERGER

Nach dem Wahlkampf und dem vorgelegten Regierungsprogramm überrascht es nicht, dass die Regierungsarbeit von den ständig als notwendig behaupteten Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge und Migranten zusammengehalten wird. Das war bei der FPÖ schon seit Jahren die zentrale Basis ihrer Wählermobilisierung und seit der Übernahme der ÖVP durch Kurz wurde das Schließen aller möglichen Fluchtrouten auch zum zentralen Argument der Volkspartei. Auch im ersten dreiviertel Jahr der Regierungsarbeit von Kurz und Strache war das so. Immer wenn es politisch kompliziert wurde oder wenn die Themagenda der Regierungskommunikatoren sonst nichts hergab, wurde wieder ein Aspekt des Migrations- und Fluchtthemas getrommelt. Das war und ist nicht überraschend. Es wirkt nur für immer mehr Menschen zunehmend aufgesetzt, denn die Zahl neu ankommender Asylsuchender sinkt kontinuierlich.

Neue Agenda ohne Inhalt

Neben dem „Fluchtroutenschließen“ gab es im Wahlkampf und auch im Regierungsprogramm eine zweite inhaltliche Trägerrakete, die der Kurz-Volkspartei und natürlich auch den Freiheitlichen Zustimmung bei den WählerInnen verschaffte: Türkis-Blau versprach, die gegenseitigen Blockaden und die sogenannte Nicht-Politik der letzten rot-schwarzen Regierungsjahre zu überwinden. Reform und Aufbruch wurden propagiert. Allerdings sagen Überschriften wie „Reform und Aufbruch“ noch nichts über Inhalte und Ziele aus und auch nichts darüber, wer profitiert und wer draufzahlt.

Neoliberal mit neuem Hut

Sebastian Kurz, seine von ihm erneuerte Volkspartei und auch der wirtschaftsliberale Burschenschaftlerflügel der Freiheitlichen versprachen eine neue Agenda des gesellschaftlichen Aufbruchs. Die neoliberalen Ideologen der vergangenen 30 Jahre predigten die Doktrin von Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau. Diese Doktrin wurde ideologisch von Versprechungen der individuellen Freiheit getragen. Wirtschaftspolitisch behauptete der „alte“ Neoliberalismus, dass die Steuergeschenke für die Reichen später auch bei den mittleren und unteren Einkommen ankommen würden („trickle-down effect“). Diese Philosophie ist heute, durch die praktische, alltägliche Erfahrung entzaubert, nicht mehr mehrheitsfähig.

Stümperei im Innenresort

Das konkrete Handeln der ersten acht, neun Monate zeigt zumindest drei immer wiederkehrende Schwächen der Regierung. Türkis-Blau hat erstens offensichtlich handwerkliche Probleme. Herbert Kickls Agieren im Innenministerium, vom versuchten „Putsch“ beim Bundesamt für Verfassungsschutz bis zum Flop mit der berittenen Polizeieinheit, ist ebenso politikhandwerkliche Stümperei wie die lange ausständigen Budgetzahlen für das AMS durch das Sozialministerium oder die fehlenden Vorgaben und Regeln der speziellen Deutschklassen für SchülerInnen, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen. Diese Stümperei drückt zwar auf die Stimmung, medial und in der Bevölkerung, wird diese Regierung aber nicht stürzen.

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



Die konzeptiven Mängel der Regierung sind da schon schwerwiegender. ÖVP-FPÖ haben angekündigt, dass durch organisatorische Änderungen bei den Krankenkassen eine Milliarde Euro eingespart werden soll. Das Motto von Kurz dafür hieß: „Wir sparen im System und nicht bei den Menschen!“ Es ist aber bereits jetzt offensichtlich, dass durch das Zusammenlegen der Gebietskrankenkassen ohne Leistungskürzung keine Milliarde einsparbar ist. Bei der AUVA, die ja etwa eine halbe Milliarde einsparen soll, ist jetzt schon klar, dass sich das nicht ausgeht. Das zeigt, dass die konzeptive Qualität wichtiger Politikfelder der Regierung über Stammtischdiskussionen und Kommentare von Krawallmedien nicht hinausgeht.

Konzeptive Mängel

Von den Freiheitlichen überrascht das nicht, für die Volkspartei ist das aber offensichtlich eine für Kurz typische Art der Neuorientierung. Diese konzeptiven Mängel tragen dazu bei, dass politische Themenfelder und Lösungen von den Türkisen und Freiheitlichen verschleppt werden; mittelfristig mit der Gefahr, das Versprechen von Reform und Aufbruch in der Wahrnehmung der Wähler und Wählerinnen zu brechen.

Die Hauptprobleme von Türkis-Blau sind aber die unterschiedlichen Interessen und damit Erwartungen der Mehrheit ihrer WählerInnen einerseits

„Konzeptive Mängel der Regierung sind schwerwiegend.“

und der finanzstarken und meinungsmächtigen UnterstützerInnen der Kurz-Regierung aus Wirtschaft, Medien und Think-Tanks andererseits. Das wissen offensichtlich auch die türkis-blauen Strategen. Daher – so die Überlegung – gibt es „Zuckerl“ nach allen Seiten: Steuer- und Abgabensenkungen für mittlere Einkommen (1600 Euro Steuerbonus pro Jahr und Kind, Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für Arbeiter und Angestellte mit Monatseinkommen bis etwa 1900 Euro usw.), Law and Order im ideologischen Kampf gegen Menschen auf der Flucht. Und dann sollen eben noch die Wünsche und Anliegen der Industrie, der Banken und der Wirtschaft insgesamt umgesetzt werden. Die Ermöglichung des 12-Stunden-Tages ist dafür das derzeit bekannteste Beispiel.

Der Druck steigt

Bei dem Versuch mit dieser Strategie auf Kurs zu bleiben, kommt die Regierung von mehreren Seiten unter Druck. Im Arbeitnehmerflügel – insbesondere unter den GewerkschafterInnen von Volkspartei und Freiheitlichen – regt sich der Widerstand gegen das 12-Stunden-Tag-Gesetz oder die AUVA-Kürzungen. Das ist perspektivisch unangenehm für Kurz. Und der Widerspruch kommt auch von der anderen Seite. Der oberösterreichische Industrielle Friedrich Huemer sagte Mitte August in einem Kurier-Interview: „Viele haben in Kurz den Retter gesehen, auch ich zählte mich dazu. Meine Euphorie ist inzwischen deutlich zurückgegangen. Er sagt nur etwas zur Migration und verkauft sich gut.“

Die Industrie, insbesondere auch die Industriellenvereinigung, will, dass die Regierung liefert. Diese fürchtet aber um ihre Mehrheitsfähigkeit. Und die – trotz sinkender Flüchtlingszahlen – einschlägigen Ablenkungsmanöver der Regie-

rung lassen bei immer mehr WählerInnen das Befremden wachsen.

Verstärkt werden wohl in den kommenden Monaten die Angriffe der Regierung auf andere Gruppen ganz unten in der gesellschaftlichen Hierarchie – auf Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher usw., denn wenn es zu wenige Flüchtlinge im Land gibt, dann müssen andere den Sündenbock abgeben.

Angelpunkt Verteilungsgerechtigkeit

Die entscheidenden Auseinandersetzungen mit dieser Regierung werden jetzt schon und auch in den kommenden Jahren in Fragen der Verteilung und der Sozialpolitik zu führen sein. Der Widerstand des Gewerkschaftsbundes gegen den 12-Stunden-Tag hat die Möglichkeiten der Mobilisierung dabei auch deutlich gemacht. Aufgabe der SPÖ wird es sein, den Widerstand gegen derartige Vorhaben in jeder Form zu unterstützen und die parlamentarische Auseinandersetzung zu führen. Dazu gehört auch, entsprechende Alternativkonzepte zu entwickeln und zu propagieren. Denn das Argument, dass alles so bleiben soll wie es ist, ist nicht ansatzweise mehrheitsfähig.

Versuchter Demokratieabbau

Die Auseinandersetzungen mit der Regierung werden sich zwar in Verteilungsfragen entscheiden, die Regierung führt aber noch einen weiteren Kampf. Die gelebte demokratische Struktur der Gesellschaft soll umgebaut werden. In

der Politik der zweiten Republik war klar, dass parlamentarisch die Letztentscheidung getroffen wird, die Debatte und die Vorbereitung der Gesetzesbeschlüsse aber im vorparlamentarischen Raum stattfindet. Das reicht von der Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen bis zu wirtschafts- oder sozialpolitischen Vereinbarungen durch die Sozialpartner. Und dieses Prinzip will Türkis-Blau abbauen. Die Kurz-ÖVP, die Burschenschafter in der FPÖ und auch die Industriellenvereinigung wollen, dass insbesondere die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer aus diesem Entscheidungsfindungsprozess verdrängt werden. So hoffen sie, schnell und ohne viel Widerstand Politik in ihrem Interesse machen zu können. Auch in dieser demokratiepolitischen Auseinandersetzung gilt: Die Entscheidungen fallen nicht (nur) bei den nächsten Wahlen, sondern in den konkreten politischen Auseinandersetzungen der kommenden Monate und Jahre. Die strategischen Widersprüche der Regierungspolitik müssen deutlich gemacht und politisiert werden. Nur dann können gesellschaftliche Auseinandersetzungen darüber entfacht, geführt und auch gewonnen werden.

Die politischen Fehlentscheidungen dieser Regierung müssen thematisiert und Widerstand gegebenenfalls unterstützt werden.



„Krankenkassen gehören den Versicherten – nicht Staat, Politik oder Konzernen!“

Welche Bedeutung die Selbstverwaltung der Krankenkassen hat und warum es wert ist, sie mit aller Kraft zu verteidigen, erklärt OÖ GKK-Obmann Albert Maringer im Interview mit dem Bildungskurier.

Bildungskurier: Für Versicherte ist die Selbstverwaltung – zum Beispiel bei den Gebietskrankenkassen – kaum merkbar. Welche Rolle spielt diese Selbstverwaltung für die Arbeit der Krankenkassen?

Maringer: Die Selbstverwaltung wurde unter dramatischen Umständen geboren: Im 19. Jahrhundert hatten die Arbeiter keinerlei Absicherung bei Krankheit oder Tod. Nach einem Schicksalsschlag standen viele Familien vor dem Ruin. Politik und Wirtschaft ließen die Arbeiter im Stich, boten keine soziale Absicherung. In ihrer Not gründeten die Arbeiter ab 1850 ihre eigenen – sprich: selbstverwalteten – Krankenkassen. Das Prinzip: Jeder Arbeiter im Betrieb zahlte regelmäßig einen kleinen Anteil seines Lohns in die sogenannte „Bruderlade“ ein – eine Art Handkasse. Sollte der nächste Kumpel verunglücken, so würde „die Kasse“ alle nötigen medizinischen und sozialen Leistungen begleichen. Was dabei keine Rolle spielte: Wie viel der Erkrankte zuvor in die Bruderlade eingezahlt hatte. Entscheidend war nur das Solidaritätsprinzip: Einer für alle – alle für einen. Denn jeder Kumpel – ganz gleich ob jung oder alt, gesund oder krank – konnte als nächster erkranken oder sterben. Diese Existenzangst plagte alle im gleichen Ausmaß. Als Risikogemeinschaft konnte man sie überwinden.

Bildungskurier: Wie viel von diesem „Gründergeist“ ist heute noch erhalten?

Maringer: Unsere modernen sozialen Krankenkassen funktionieren unver-

ändert nach dem Prinzip der Selbstverwaltung – heute im größeren Stil und betriebsübergreifend. Gebietskrankenkassen sichern den solidarisch organisierten Selbstschutz der gefährdeten Personengruppe. Sie werden durch Versicherte und Dienstgeber aus der Region

„Das Erbe unserer Urgroßväter nicht mit Füßen treten.“

selbst verwaltet, also bürgernah und nicht ferngesteuert. Bis heute gehören die Krankenkassen allein uns Versicherten – nicht dem Staat, nicht der Politik, nicht einem Konzern.

Dieses Erbe unserer Urgroßväter sollten wir nicht mit Füßen treten. Außer wir wollen uns erneut der Situation vor 1850 ausliefern ...

Bildungskurier: In den ASVG-Kranken- und Pensionsversicherungen dominieren die Arbeitnehmervertreter, in der AUVA die Arbeitgebervertreter, warum ist das so?

Maringer: Das liegt an den unterschiedlichen Zwecken der Versicherungen. Die Kranken- und Pensionsversicherung – ich bleibe jetzt im ASVG – wurde von den ArbeitnehmerInnen selbst gegründet. Ziel war und ist die gegenseitige, solidarische Absicherung der Versichertengemeinschaft bei Wechselfällen wie Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Alter.

IM INTERVIEW



Albert Maringer

ist Obmann der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse.

Die Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung stammen im Wesentlichen aus dem Arbeitsverdienst der Versicherten, werden aber paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an die Kassen abgeführt. Versichert sind aber ausschließlich Arbeitnehmer. Logischerweise überwiegen in den Gremien der GKKs und PVA Arbeitnehmer-Vertreter, weil es ja deren Versicherung ist.

Die Gründung der sozialen Unfallversicherung folgte einer anderen Logik. Sie ging von den Dienstgebern aus. Die



Das Solidaritätsprinzip und die Selbstverwaltung in den Sozialversicherungseinrichtungen sind Teil des politischen Friedens in Österreich.

Unfallversicherung löste Ende des 19. Jahrhunderts die Haftpflicht des einzelnen Unternehmers ab und begründet eine auf öffentlich-rechtlicher Basis beruhende Gesamthaftung aller Unternehmen. Die Haftung der Dienstgeber wurde dadurch auf einen Regressanspruch des Versicherungsträgers bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Schädigung eingeschränkt. Die Beiträge zur sozialen Unfallversicherung werden im Wesentlichen vom Arbeitsverdienst der Arbeitnehmer bemessen und vom Dienstgeber abgeführt. In den Gremien der Unfallversicherung sitzen überwiegend Dienst-

„Zum Versichertenkreis der AUVA zählen auch die Dienstgeber selbst.“

geber-Vertreter. Zum Versichertenkreis der AUVA zählen im Übrigen auch die Dienstgeber selbst.

Bildungskurier: Die Bedeutung der Selbstverwaltung der österreichischen Sozialversicherungseinrichtungen wird immer wieder betont, welche Rolle spielt dieses Prinzip im politischen System Österreichs?

Maringer: Das „Bruderladen-System“ war so erfolgreich, dass es der Staat 1889 erstmals auf eine allgemeine gesetzliche Basis hob. Nicht zuletzt durch das ASVG von 1956 sind Selbstverwaltung und Sozialversicherung untrennbar verbunden. Diese erprobte Allianz bildet die Basis für den inneren Frieden einer solidarischen Gemeinschaft, schafft sozialen Ausgleich und minimiert das Risiko finanzieller Belastungen nach Krankheit oder Unglücksfällen – damals wie heute. Ich stehe nicht an zu sagen: Die politische Stabilität in Österreich verdanken wir zu einem Großteil dem System der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung!

Bildungskurier: In den vorliegenden Plänen der Regierung soll die Einbeziehung der Sozialpartner nicht abgeschafft, aber stark verändert werden. Was ist von diesen Vorhaben zu halten?

Maringer: In Österreich reden viele Menschen im Arbeits- und Sozialrecht mit, die selbst einen Betrieb führen bzw. Arbeitnehmer sind. Ich finde das großartig! In der Arbeiter- und Wirtschaftskammer sind Menschen engagiert, die einen direkten Bezug zum Wirtschaftsleben haben. Es ist gut, wenn der Staat wichtige Aufgaben an diese unmittelbar

betroffene Personengruppe überträgt. Weil die muss nachher auch mit den Entscheidungen leben können. In Wahrheit sorgen die Sozialpartner für Bodenhaftung und Alltagsnähe in gesetzlichen Entscheidungen. Die wahre „Schattenre-

„Die wahre „Schattenregierung“ sind derzeit die Industrie-Lobbyisten.“

gierung“ sind derzeit die Industrie-Lobbyisten, die – ohne jede demokratische Legitimation – der Regierung ihre Pläne diktieren.

Bildungskurier: Welche Überlegungen zur Verteidigung der Selbstverwaltung gibt es für die anstehende Auseinandersetzung mit der Bundesregierung?

Maringer: Wir beobachten ein spannendes Phänomen. Je stärker die Bundesregierung auf der Selbstverwaltung herumhackt, desto bekannter wird diese. Die Regierung popularisiert für uns gerade eine „trockene“ Materie, die zuvor kaum jemanden interessiert hätte. Wir werden diese neue Lage zu nutzen wissen ...

System Sozialversicherung: fair, effizient, unbürokratisch

Der aktuelle politische Populismus wendet sich gegen das bestehende System der Sozialversicherung. Warum? Weil dahinter mächtige wirtschaftliche Interessen stehen.

KARL BRANDSTETTER

Beitragskürzungen bei den Sozialversicherungen ließen ein Vakuum entstehen, das sich unweigerlich auf das Leistungsniveau auswirken würde. Diese Lücke könnte nur durch den Abschluss privater Alters-, Kranken-, Unfall oder Arbeitslosenversicherungen ausgeglichen werden. Und Bingo: Private Versicherungssysteme bieten solche Versicherungen an und lukrieren damit hohe Profite!

Hätte beispielsweise die Allgemeine Unfallversicherung (AUVA) durch eine Reduktion des Beitragssatzes auf 0,8 Prozent um 500 Millionen Euro weniger Einnahmen, könnten diese Beträge privaten Versicherungen zufließen. Ein Spiel, das sich auf alle anderen Sozialversicherungsträger (SV-Träger) umlegen lässt. Ein Milliardenpotential!

Durchsichtige Taktik

In diese Richtung gehen die Reformvorhaben der Bundesregierung: Zusammenlegung der SV-Träger, damit einhergehend eine Machtverschiebung in der

Selbstverwaltung zugunsten der Wirtschaft, Abschaffung der AUVA, Abschaffung der Notstandshilfe und Ersetzung durch die Mindestsicherung etc. Dabei ist die Sozialversicherung seit ihrer Einführung eine Erfolgsgarantin, die ihresgleichen sucht.

Systemmerkmale der Sozialversicherung:

Modern: Die SV-Träger haben sich zu höchst innovativen Dienstleistungszentren entwickelt. Allein die oberösterreichische Gebietskrankenkasse hatte im Jahr 2015 zirka eine Million persönliche Kontakte mit Versicherten.

Effizient: Kein privates Versicherungsunternehmen hat so geringe Verwaltungsausgaben wie die SV-Träger. Der Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand aller SV-Träger betrug im Jahr 2017 gerade einmal zwei Prozent der Gesamteinnahmen.

Unbürokratisch: Versicherte brauchen keine Versicherungsverträge aushandeln. Mit dem Antritt eines Beschäf-

DER AUTOR:

Karl Brandstetter

ist Rechtsreferent in der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der Arbeiterkammer OÖ und Lektor am Institut für Recht der sozialen Daseinsvorsorge und Medizinrecht der JKU.



tigungsverhältnisses über der Geringfügigkeitsgrenze tritt die Versicherung automatisch ein. Die An- und Abmeldung erfolgt durch die Arbeitgeber.

Fair: Pflichtversicherte genießen unabhängig vom sozialen Status, vom Alter und der Gesundheitssituation Versicherungsschutz. Das staatliche Sozialversicherungssystem erbringt die Leistungen aufgrund gesetzlicher Ansprüche für jede/n Versicherte/n!

Das System der Sozialversicherung basiert auf Solidarität! Letztlich entscheidet die Gesellschaft, ob sie ein solidarisches, kollektives Sozialsystem will oder ob dem Individualismus der Vorrang eingeräumt wird. Letzterer funktioniert jedoch nur so lange wir gesund und arbeitsfähig sind sowie einen Arbeitsplatz mit entsprechend hohem Einkommen haben. Was mit uns in besonderen Lebenslagen wie Alter, Krankheit, Gebrechlichkeit, Arbeitslosigkeit usw. passiert, bleibt dabei offen.

Private Versicherungen wittern in Beitragsreduktionen bei Sozialversicherungen ein lukratives Millionen-geschäft für ihre Konzerne.



Eigenständigkeit erhalten!

Die Reformpläne der Regierung in punkto Sozialversicherungen sind unausgegoren und gehen an den Herausforderungen vorbei. Diese wären: Die Leistungen für die Versicherten zu verbessern und zu vereinheitlichen. Am Beispiel der SVA kann dies gut nachgezeichnet werden.

DORIS MAGREITER

Die drohende Zerschlagung der AUVVA wird als Entlastung der Wirtschaft verkauft, weil die Finanzierung über Arbeitgeberbeiträge erfolgt. Die Wahrheit ist aber eine andere. Der Versuch, die AUVVA aufzulösen, ist nicht nur ein direkter Angriff auf die soziale Absicherung der MitarbeiterInnen, sondern auch auf die soziale und wirtschaftliche Absicherung von Klein- und Kleinunternehmen. Da beim Wegfall des Haftungsprivilegs Schadenersatzansprüche direkt vom Dienstgeber zu leisten wären.

Dienstgeber, die ihre Verantwortung ernst nehmen und auf das Wohlergehen ihrer MitarbeiterInnen achten, werden die Reformpläne der Bundesregierung ablehnen.

Nachteile für Versicherte

Mitglieder kleiner Sozialversicherungsträger erleben, dass es zwischen den einzelnen Trägern erhebliche Leistungsunterschiede gibt. Das manifestiert sich vor allem bei Selbsthalten. So müssen

Selbständige, die in der SVA versichert sind, nach wie vor 20 Prozent der Kosten jedes Arztbesuchs selbst bezahlen. Seit 2014 kann dieser Beitrag auf 10 Prozent halbiert werden, wenn mit einem Arzt in folgenden fünf Bereichen Gesundheitsziele vereinbart werden: Blutdruck, Gewicht, Bewegung, Tabakkonsum und Alkoholkonsum. Nach sechs Monaten wird das Erreichen dieser Ziele vom Arzt überprüft. Mit einem positiven Gutachten kann anschließend bei der SVA für die kommenden zwei bis drei Jahre um Reduzierung angesucht werden.

Der Standpunkt der sozialdemokratischen UnternehmerInnen ist klar: Die gänzliche Abschaffung des Selbsthalts ist leistbar und muss auch umgesetzt werden.

Krankengeld rückwirkend

Selbständige, deren persönlicher Arbeitseinsatz für den Fortbestand des Betriebes unabdingbar ist, können seit 1.7.2018 rückwirkend Krankengeld ab dem vierten Tag beziehen. Dieses beträgt 29,46

DIE AUTORIN:

Doris Magreiter

ist Nationalratsabgeordnete und Präsidentin des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Oberösterreich.



Euro pro Tag und kann maximal 20 Wochen bezogen werden. Voraussetzung ist, dass der Krankenstand länger als 43 Tage besteht und das Unternehmen weniger als 25 MitarbeiterInnen hat. Umgesetzt hat dies die Vorgängerregierung Kern. Eine weitere Verbesserung wäre hier ganz bestimmt eine sofortige Auszahlung ab dem 4. Tag, so dass keine finanziellen Überbrückungen mehr notwendig werden.

Verbesserungen umgesetzt

In den vergangenen Jahren wurden aufgrund vieler kritischer Stimmen (insbesondere des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes) noch einige weitere punktuelle Verbesserungen umgesetzt: Reduzierung der Mindestbeitragsgrundlage, geringere Verzugszinsen, Wochengeld etc.

Eine Reform der Sozialversicherungen muss sich an diesen Leistungen orientieren. Sie muss den Versicherten dienen und sie muss zu einer Entlastung führen. Eine Einschränkung der weitgehend ehrenamtlichen Selbstverwaltung, Einsparungen in der an sich effizienten Verwaltung oder gar die Reduzierung von Leistungen gehen auf Kosten der Allgemeinheit und stiften Nutzen für Niemanden.

Besonders Ein-Personen-Unternehmen brauchen echte finanzielle Entlastung.



Kürzung ist keine Entwarnung!

Die Sozialpartnerschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich zum sozialen Frieden und zum wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs beigetragen.

JOHANN KALLIAUER

Sozialpartnerschaft funktioniert auf mehreren Ebenen:

1. Durch die Verhandlung von mehr als 700 Kollektivverträgen, die einkommens- und rahmenrechtliche Verbesserungen bringen.
2. Die Weiterentwicklung des Arbeits- und Sozialrechts, die von Konsens geprägt war.
3. Die Lösung struktureller Krisen: von der Stahlkrise bis hin zur Finanzkrise, ausgelöst durch einen völlig aus den Fugen geratenen Finanzmarkt.
4. Durch das Prinzip der Selbstverwaltung.

Gewählte Vertreter

Wesentliche Fragen – wie die der Krankenversicherung, des Gesundheitswesens, der Unfallversicherung und der Arbeitslosenversicherung – werden durch die Sozialpartner selbst verwaltet. Beitragszahler, Versicherte entscheiden selbst, was mit den von ihnen erwirtschafteten Beiträgen passiert. Die politische Legitimation dafür ergibt sich nach dem System der Pflichtmitgliedschaft einerseits und andererseits aus den Wahlen in die Sozialpartneereinrichtungen. Wahlen sichern auch die Selbstverwaltung der Einrichtung der Arbeiterkammer durch die Mitglieder.

Regierung folgt Industrie

An all diesen Grundpfeilern der Sozialpartnerschaft rüttelt nun die Re-

gierung, wenn sie zum Beispiel die Mitwirkung der Gewerkschaft in wesentlichen Fragen wie Arbeitszeit auf einzelvertragliche Vereinbarungen verlagert. Auch stellt man offensichtlich die Lösungskompetenz der Sozialpartner bei strukturellen Krisen in Frage, wenn man den Gewerkschaften die Mitsprache mit Instrumenten wie die Kurzarbeit wesentlich beschneidet. Mit all diesen Veränderungen trägt die Regierung offensichtlich jenen Kritikern der Sozialpartnerschaft Rechnung, die vor allem aus den Reihen der Großindustrie stammen und die sich durch die direkte Umsetzung ihrer Anliegen den schnellen Erfolg erwarten.

ArbeitnehmerInnen entmündigt

Wesentlich ist aber die Absicht der Regierung, die Selbstverwaltung auf mehreren Ebenen massiv zu beschneiden. Die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen und die angedachte Reduzierung der Selbstverwaltung hin zu

„Über das Schicksal und die Zukunft der Arbeiterkammer entscheiden die Mitglieder und sonst niemand!“

einem Verwaltungsratsmodell mit massivem politischen Einfluss, die offensichtlich in Kauf genommene Zerstörung der

DER AUTOR:

Johann Kalliauer ist Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich.

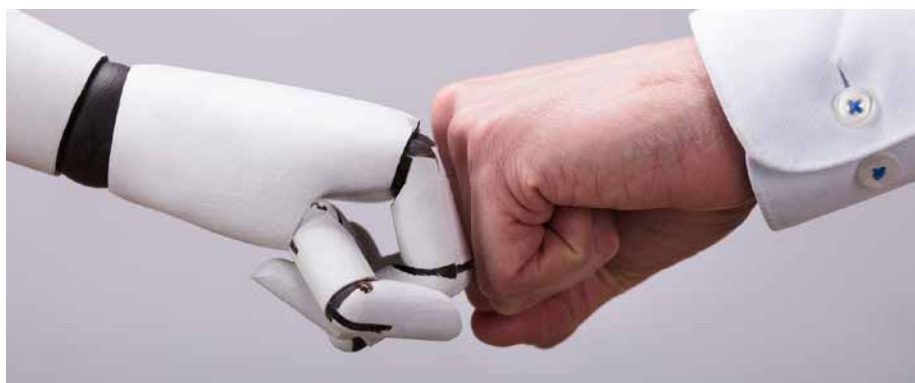


Unfallversicherung, die Veränderungen in der Arbeitslosenversicherung über die Köpfe der Sozialpartner hinweg, zeigen diesen Weg klar auf. Diese Absicht gipfelt in der ursprünglichen Absicht, die Pflichtmitgliedschaft der Kammern überhaupt in Frage zu stellen, wenn nunmehr nur mehr „eine Beitragssenkung“ im politischen Diskurs ist, kann man das keinesfalls als Entwarnung sehen. In Wahrheit ist dies eine Entmündigung der ArbeitnehmerInnen. Die Antwort seitens der Arbeiterkammer ist klar: Über das Schicksal und die Zukunft der Arbeiterkammer entscheiden die Mitglieder und sonst niemand! Das ist eine Frage in der der Politik die Legitimation zum Handeln fehlt.

Leistungen ausbauen

Die Arbeiterkammer wird den Weg, der eine höchste Akzeptanz bei den Mitgliedern bringt, weiter fortsetzen. Ein intensiver Mitgliederdialogs und das daraus entstandene AK-Zukunftsprogramm wird umgesetzt und die Bemühungen im Bereich Bildung, Pflege und Wohnen werden ausgebaut. Vor allem wird bundesweit der Betrag von 150 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren aufgewendet, um die Strukturveränderungen, die sich durch die Digitalisierung ergeben, im Interesse der ArbeitnehmerInnen mitzugestalten.

Die Arbeiterkammer investiert 150 Millionen Euro zur Bewältigung von Strukturveränderungen aufgrund von Digitalisierung.



OÖ braucht ein Pflegestipendium

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Oberösterreich wird in den kommenden Jahren stark ansteigen. Damit steigt auch der Personalbedarf in der Pflege.

BIRGIT GERSTORFER

Erfreulich ist, dass die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher immer älter werden und auch immer länger gesund bleiben. Die große Herausforderung wird aber sein, genügend ausgebildetes Personal zu finden, um jene gut zu betreuen, die es brauchen.

Derzeit sind in der Altenpflege in Oberösterreich mehr als 7.200 Personen tätig. Um den Personalbedarf der Zukunft abdecken zu können, ist es nötig, in den kommenden Jahren zusätzlich 1.600 Personaleinheiten für die Altenarbeit zu besetzen.

Ausbildung kostenlos

Das Sozialressort des Landes finanziert jährlich zahlreiche Ausbildungen für Personen, die sich auf diesen Zukunftsberuf einlassen wollen. Die Ausbildung „FachsozialbetreuerInnen Altenarbeit“ ist für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenlos, da auch das Schulgeld vom Land übernommen wird. Trotzdem erweist es sich zunehmend als schwierig, die bestehenden Lehrgänge mit TeilnehmerInnen zu füllen – der Wettstreit um gute Arbeitskräfte macht sich auch im Sozialbereich zunehmend bemerkbar.

Pflegeberufe sind Zukunftsberufe, das steht außer Streit: Auf Grund der oben genannten Entwicklung sind die Arbeitsplätze sehr sicher und die Tätigkeit mit Menschen wird von vielen InteressentInnen als sehr bereichernd und sinnstiftend

empfundene. Zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten (von Spezialisierungen für bestimmte Gebiete bis hin zu akademischen Ausbildungen oder Managementfunktionen) sind gegeben, Arbeitsplätze werden regional und in unterschiedlichem Stundenausmaß angeboten.

Die zuständigen Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren gute Lohnabschlüsse und wichtige Verbesserungen für die verschiedenen Berufsgruppen erkämpft – ein Weg, der natürlich weiter fortgesetzt werden muss, um den Sozialbereich in Zeiten des Fachkräftemangels attraktiv zu gestalten.

Trotz der Herausforderungen, die ein Job in der Pflege natürlich auch mit sich bringt (Nachtdienste, Bereitschaften, usw.) gibt es sehr viele Personen, die sich für Pflegeausbildungen interessieren, doch nur relativ wenige davon kommen auch tatsächlich im Beruf an. Der Grund dafür: Die Ausbildung „FachsozialbetreuerInnen Altenarbeit“ dauert zwei Jahre und kaum eine Mutter oder ein Vater kann es sich leisten, für diese Ausbildungsdauer komplett auf das Einkommen zu verzichten.

Das Arbeitsmarktservice erhält von der türkis-blauen Regierung immer weniger Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, das Fachkräftestipendium des

DIE AUTORIN:

Birgit Gerstorfer ist Landespartei-vorsitzende der SPÖ Oberösterreich und Sozial-Landesrätin.



Bundes wurde eingestellt, Zusagen für Stiftungsteilnahmen gehen zurück. Deshalb verliert der Sozialbereich zahlreiche topmotivierte und geeignete Personen, die dringend gebraucht würden.

Finanzielle Überbrückung

Ziel des OÖ Sozialressorts ist es daher, in Oberösterreich ein „Pflegestipendium“ zu schaffen, das für die Dauer einer Ausbildung im Altenbereich die wichtigsten Lebenskosten abdeckt. So soll es besonders UmsteigerInnen ermöglicht werden, im Sozialbereich mit einer guten Ausbildung Fuß fassen zu können.

Damit schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen uns, dass mit einem solchen Stipendium der Personalbedarf der Zukunft sehr gut abdeckbar wäre und interessierte Personen können sich darauf verlassen, während der Ausbildung nicht ihre finanzielle Existenz zu gefährden.

Gute Rahmenbedingungen, faire Bezahlung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und vor allem die Möglichkeit, während einer Ausbildung finanziell abgesichert zu sein, sind wesentliche Bausteine, um den Sozialbereich auch weiterhin attraktiv zu gestalten – für MitarbeiterInnen und für Pflegebedürftige!



Renner Institut OÖ

Renner Institut OÖ

Das Bildungsprogramm 2018/2019 des Renner Institutes Oberösterreich ergeht dieser Tage an alle Mitglieder, FunktionärInnen und MandatarInnen der SPÖ mit der Zeitung „Freundschaft“.

Ein wichtiger Punkt im kommunalpolitischen Leben ist fraglos die effektive Rolle als Oppositionspartei. Über zwei Drittel der SPÖ Ortsgruppen in Oberösterreich befinden sich in einer Minderheiten-Position. Eine Situation, die der politischen Gestaltungskraft eindeutig Grenzen setzt, der allerdings durchaus kreativ, offensiv und zukunftsorientiert begegnet werden kann. Eine selten beleuchtete Frage ist jene nach der guten Entscheidung. Wie werden in politischen Organisationen Entscheidungen getroffen? Gibt es überhaupt „richtige“ Entscheidungen und was ist im Entscheidungsprozess von Bedeutung? Dieses Seminar richtet sich an alle EntscheidungsträgerInnen, die die Meinungsfindung und -bildung bei sich und in ihrem Umfeld besser steuern wollen.

Das RI Bildungsprogramm kann gern bestellt werden bei:

alexandra.kneidinger@spoe.at oder 05 / 7726-1116.

Es ist auch online abrufbar unter:

<https://renner-institut.spoe.at/unser-angebot/bildungsprogramm/>



**BILDUNGSPROGRAMM
2018/2019**

SPÖ   **RennerInstitut** 
Bildung Oberösterreich Oberösterreich GVV OÖ

Standardseminare und neue Ansätze für SPÖ-AktivistInnen bietet das aktuelle Bildungsprogramm des Renner Institutes OÖ.



SPÖ GemeindevertreterInnenverband OÖ

Hilfe im Paragraphendschlingel der Oö. Gemeindeordnung

Die Oö. Gemeindeordnung regelt die Geschäftsführung und Organisation der oberösterreichischen Gemeinden und Städte. Trotz oder gerade wegen des detaillierten Regelwerks tauchen im Alltag eines/einer Gemeinderates/Gemeinderätin oft Fragen bzw. Unklarheiten über diverse Gegebenheiten auf.

Hier kann der GVV Oberösterreich mit den regelmäßigen Rechtsberatungstagen Abhilfe verschaffen. In Zusammenarbeit mit Ing. MMag. Heinz Bindeus (Stadtamtsdirektor der Stadt Leonding) versuchen wir Klarheit in die vielen Fragen der Gemeinde-, Bau und Raumordnung zu bringen.

An folgenden Terminen finden die Rechtsberatungstage im Büro des GVV Oberösterreich statt:

- Mittwoch, 17. Oktober 2018
 - Mittwoch, 14. November 2018
 - Mittwoch, 12. Dezember 2018
- jeweils von 15.00 Uhr – 17.00 Uhr

Näher Informationen zur Rechtsberatung und Kontakt abseits der Termine:

GVV Oberösterreich, Landstraße 36, 4020 Linz
05 / 7726-1140, www.gvv.at, manuel.kreuzer@spoe.at

Jahoda-Bauer-Institut

Eine Frage der Herkunft?

Das österreichische Bildungssystem zeichnet sich durch sehr frühe und starre Selektionsmechanismen aus. Diese Struktur wirkt sich für viele Kinder äußerst nachteilig aus. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund erfahren im österreichischen Bildungssystem schon in jungen Jahren eine klare Benachteiligung, die einschneidende Auswirkungen auf den wei-

teren Verlauf ihrer Bildungslaufbahn hat. „Wissen ist Macht“ heißt es so schön. Dennoch handelt es sich bei Wissen um eine Ressource, die auch in Österreich nicht jedem Menschen gleichermaßen zur Verfügung steht. Noch heute beeinflussen viele Faktoren die individuelle Bildungsbiographie. Neben dem sozioökonomischen Status oder dem Geschlecht spielt vor allem die Frage der Herkunft eine große Rolle.

Mehr zu diesem und anderen Themen gibt es in den Perspektiven des Marie Jahoda – Otto Bauer Institut zu lesen:
www.jbi.or.at/perspektiven

Landesbildung/Gesellschaft für Kulturpolitik OÖ/Jahoda-Bauer-Institut

100 Jahre Republik - Sonntagsmatinee

Den 100. Geburtstag der Republik Österreich nehmen wir zum Anlass, um über Demokratie und Frauenrechte zu sprechen. Als zeitlichen Rahmen beginnen wir in dieser gemeinsamen Veranstaltung der SPÖ Bildung, des Jahoda Bauer Instituts und der Gesellschaft für Kulturpolitik OÖ im Revolutionsjahr 1848, beleuchten die demokratiepolitischen Umbrüche in den Jahren 1918 und 1968. Schließlich beschäftigen wir uns mit 2018 – diskutieren den Status Quo, fragen nach, wo Österreich heute frauenrechts- und demokratiepolitisch steht.

**Bund Sozialdemokratischer
AkademikerInnen Oberösterreich**

Die Plattform für Debatten

Politik ist das Diskutieren von Überlegungen und das Darlegen von Argumenten. Zumindest sollte Politik so funktionieren. Oft passiert das Gegenteil: Wichtige Entscheidungen werden durch parteipolitisches Taktieren beeinflusst oder dafür verwendet, um gesellschaftliche Stimmungen zu erzeugen und Ängste zu schüren.

Der BSA OÖ möchte mit seiner neuen Debattenplattform – www.debattieren.at – einen Beitrag zur politischen Kultur des Debattierens leisten. Auf der Plattform melden sich Per-

Sozialistische Jugend OÖ

Feiern, bilden und weniger hackln!

Auf keinen Fall langweilig wird den AktivistInnen der SJ OÖ. Im Juli fand das Sommersportfest im Europacamp am Attersee, mit über 150 TeilnehmerInnen statt. Neben vielen sportlichen Angeboten, Partys und Workshops, stand vor allem

Das traditionelle Sommersportfest am Attersee.



Foto: Reinhard Winkler



**Diskussion anlässlich 100 Jahre Republikgründung:
Sonntag, 11. November 2018, 11 Uhr, Central Linz, Landstraße 36**

DEBATTIEREN.AT

DIE PLATTFORM FÜR DEBATTEN

sönlichkeiten aus verschiedensten Bereichen zu Wort, um ihre Argumente zu einer bestimmten Fragestellung auszutauschen. Aktuelles Debattenthema: Die Zukunft Europas – wohin entwickelt sich die EU zwischen Brexit und österreichischer Ratspräsidentschaft?

**Debatte verfolgen oder mitdebattieren auf:
>> www.debattieren.at <<**

der Widerstand gegen die Schwarz-Blaue Bundesregierung im Fokus. Nach den Ferien geht es dann mit einer großangelegten Kampagne unter dem Motto „Widerstand“ durch ganz OÖ weiter – unter gegenschwarzblau.at gibt es mehr Informationen. „Der Widerstand gegen die Reichenparteien FPÖ & ÖVP muss größer und breiter werden. Es braucht eine kämpferische Gewerkschaft und SPÖ, die neben der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auch die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen“, so Nina Andree, Landesvorsitzende der SJ OÖ.

Mit der Bildungswerkstatt am Wörthersee findet dann von 25.08.18 bis 28.08.18 das nächste Seminar statt. Über 300 Jugendliche, 15 spannende Workshops, 3 Partys, 1 Hallenbad – die BIWE hat wirklich für alle etwas zu bieten. Interessierte können sich unter office@sj-ooe.at nähere Infos zukommen lassen.



„Zündende Funken – Wiener Feministinnen der 70er Jahre“

(Heldis Stepanik, Eva Dité, Erna Dittelbach, Käthe Kratz...)

Die Frauenbewegung der 70er Jahre war alles andere als machtlos: Sie konnte in Österreich Initiativen setzen und provozieren und kommunizierte international mit frauenbewegten Gruppen. Sie war nicht zu überhören, zu übersehen und somit auch nicht zu übergehen. Schließlich lieferte sie einen wesentlichen Beitrag zur Strafrechts- und Familienrechtsreform.

Das Buch „Zündende Funken – Wiener Feministinnen der 70er Jahre“, herausgegeben vom Frauenkollektiv RitClique, erschienen im Locker Verlag Wien, lässt auf essayistische Weise, oft stark autobiografisch, diese wichtige Aufbruchphase lebendig werden. Die Beiträge thematisieren prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Armut, Überforderung durch Berufstätigkeit, Haushalt, Kinder- und Altenbetreuung und vielfältige Benachteiligungen. Eine Lesung mit anschließender Reflexion was die Frauenbewegung der 70er Jahre bewegt und erreicht hat, sowie einem Ausblick auf Situation und Aktivitäten zukünftiger feministischer Generationen.

Einladung zur Lesung

ZÜNDENDE FUNKEN
Wiener Feministinnen der 70er Jahre

Vier Autorinnen lesen quer durch das Buch & diskutieren den Inhalt

Dienstag, 2. Oktober 2018
18 Uhr

ASKÖ Bewegungscenter - 4040 Linz, Hölderlinstraße 26

Das Buch ist vor Ort zu erwerben!

Freier Eintritt

Anmeldung bei monika.rainer@spoe.at



DER VERANSTALTUNGSORT IM HERZEN VON LINZ
OB PRIVAT ODER GESCHÄFTLICH



Familienparty, Geburtstagsfeier, Hochzeit & Co: Ihre private Veranstaltung ist uns ein Fest!



Ihre Seminare, PR-Events, Kongresse, Konferenzen und Messen sind unser Daily Business.



Und natürlich eine Kunst für sich: Konzerte, Kabarett, Lesungen, Buchvorstellungen, Vorträge u.A.



© Reinhard Winkler



© Reinhard Winkler

Das Central Linz ist die perfekte Location für Ihre Veranstaltung. Im Central ist alles möglich. Nutzen Sie unsere über 300m² mit Platz für bis zu 300 Personen als Spielwiese für Ihre Ideen. Wir sind völlig flexibel.

HABEN SIE NOCH FRAGEN?

Möchten Sie unseren Veranstaltungssaal besichtigen?
Oder brauchen Sie einfach weitere Informationen?
Wir freuen uns auf Sie!